Stadt Kamen **Niederschrift**

FS

über die
1. Sitzung des Familien- und Sozialausschusses
am Donnerstag, dem 25.02.2010
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:37 Uhr

Anwesend

SPD
Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Norbert Drüke
Frau Petra Hartig
Frau Kathrin Henke
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Herr Hermann Puls
Herr Silvester Runde

CDU
Frau Alexandra Cramer
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Ingo Kress
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Jo Achim Sandrock
Frau Bettina Werning

FDP
Herr Jan-Henning Viol

DIE LINKE / GAL
Frau Gabriele Lenkenhoff

DIE LINKE / GAL
Herr Reiner Brüggemann
Herr Jörg Grudnio
Herr Willi Präkelt
Herr Christian Völkel

Entschuldigt fehlten
Herr Kaya Gercek
Frau Ursula Oertel

Frau **Mann** eröffnete die erste Sitzung des Familien- und Sozialausschusses im Jahre 2010. Sie wies daraufhin hin, dass sie erstmalig als Auschussvorsitzende dieses Gremiums fungiere und sich eine konstruktive Zusammenarbeit erhoffe. Die form- und fristgerecht zugegangene Tagesordnung müsse aufgrund anderweitiger Terminbindung des Herrn Ringelsiep dergestalt abgeändert werden, dass der Tagesordnungspunkt 4 vorgezogen würde. Gegen die Änderung der Tagesordnung wurde kein Widerspruch erhoben.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Verpflichtung der Aussschussmitglieder	
2	Bericht zur Entwicklung der Produktionsschule in Kamen Referent: Herr Dörmann/Herr Zude	
3	Bericht zum Arbeitsmarktprogramm der ARGE für das Jahr 2010 Referent: Herr Ringelsiep	
4	Sachstandsbericht zur Neuorganisation der ARGE Referent: Herr Ringelspiep	
5	Familienbande Familiennetzwerk Kamen e.V. Sachstand und Perspektiven am Standort Referentin: Frau Brückel/Frau Bürgelt	
6	Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Potenzialliste hier: Bericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der Aussschussmitglieder

Frau **Mann** verpflichtete die Mitglieder des Familien- und Sozialausschusses, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.
Im Anschluss erteilte sie Herrn **Dörmann** das Wort.

Zu TOP 2.

Bericht zur Entwicklung der Produktionsschule in Kamen
Referent: Herr Dörmann/Herr Zude

Die Herren Dörmann und Zude referierten anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation.
Herr **Dörmann** wies einleitend die neuen Mitglieder des Familien- und Sozialausschusses darauf hin, dass er bereits in der Sitzung des Ausschusses am 26.03.09 die konzeptionellen Elemente der Produktionsschule dargestellt habe.
Die Werkstatt Unna sei seit mehr als 25 Jahren in Unna und Dortmund am Markt tätig. Ihre Angebote richteten sich im Wesentlichen an Jugendliche und Frauen. Jährlich würden rd. 4000 Menschen von der Werkstatt Unna betreut.
Im besonderen wies Herr Dörmann auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Kreis Unna hin. Zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen würden Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen müssen.
Die im Kreis Unna bestehende Ausbildungssituation sei die schlechteste in NRW sowie der gesamten Bundesrepublik. Erschreckend sei die Tatsache, dass 40% der Jugendlichen im ALGII-Bezug 2 Jahre auf die Leistung angewiesen seien.
Anhand einer weiteren Folie erläuterte Herr Dörmann Zahlenmaterial zur Arbeitslosigkeits- und Ausbildungsplatzsituation speziell bezogen auf die in Kamen vorherrschenden Verhältnisse.
Als eines der Hauptziele der Arbeit der Werkstatt Unna betrachtet Herr Dörmann die Vermeidung der Verfestigung einer im Einzelfall bestehenden Hilfebedürftigkeit, da es sich mit zunehmender Bezugsdauer immer schwieriger gestalte, die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
Das Handeln der Werkstatt Unna orientiere sich an den konzeptionellen Ansätzen der in Dänemark seit geraumer Zeit erfolgreich betriebenen Produktionsschulen. Auch in Unna produziere man für den Markt und eben nicht ohne Absatzmöglichkeiten, wie es bei anderen Anbietern von Weiterbildungsmöglichkeiten durchaus üblich sei. Weiterhin versuche man Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Jugendlichen zu selbständigem Lernen anspornen sollen.
Im Anschluss schilderte Herr Dörmann die bei Errichtung der Produktionsschule beachteten Eckpunkte. Eingerichtet wurden 2 Werkstattbereiche für 24 Jugendliche. Als Fördergeber trete die ARGE im Kreis Unna auf. Aufträge würden von öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen entgegen genommen. Herr Dörmann wies darauf hin, dass keine Konkurrenzsituation zur gewerblichen Wirtschaft entstehen würde.
Als Produktionsfelder habe man die Bereiche Holz und Metall ausgewählt. Beispielhaft erwähnte Herr Dörmann hier die Reparatur von Schulmöbeln. Häufig bestehe an den Schulen ein Reparaturstau, da die Schulhaus-

meister derartige Arbeiten aus Zeitgründen nicht wahrnehmen könnten.
Die Ausstattung der beiden Produktionsbereiche mit Werkzeugen und Maschinen bezeichnete Herr Dörmann als respektabel.
Anhand eines weiteren Schaubildes erläuterte Herr Dörmann die von den Produktionsschulen im Kreis Unna ins Auge gefassten Zielgruppen. Besonders wies er hier auf den hohen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im ALG II-Bezug hin.
Bei der Betreuung der Jugendlichen habe man sich einen pädagogischen Rahmen gegeben, der sich teilweise konträr zur häufig benutzten pädagogischen Herangehensweise darstelle. Statt auf vorhandene Schwächen hinzuweisen, hebe man zu Motivationszwecken gezielt Erfolge und Stärken hervor.
Die Vergabe der Arbeitsaufträge durch die beschäftigten Meister an die Jugendlichen erfolge bedarfsorientiert. In diesem Zusammenhang äußerte Herr Dörmann seine Befriedigung über die bisher erbrachten Arbeitsleistungen seiner Mitarbeiter.
Die Anleitung der Jugendlichen in den Werkbereichen erfolgt durch jeweils einen Meister und einen Vorarbeiter. Begleitend für beide Bereiche ist eine sozialpädagogische Kraft tätig. Mit diesem Personalschlüssel sei man gut aufgestellt. In der freien Wirtschaft betrage dieser häufig 1:24.
Mittels einer weiteren Folie erläuterte Herr Dörmann den Projektablauf. Zunächst erfolge die sogenannte Einschleusung. Hier werden die Jugendlichen in einen der Werkstattbereiche eingebunden. Wechselseitig wird dann die Entscheidung über den Verbleib in diesem getroffen.
Ab dem 6. Monat sollen den Teilnehmern verstärkt fachliche Kompetenzen im Aufgabengebiet vermittelt werden. Weiterhin wird ihnen geholfen, für sich Berufsperspektiven zu entdecken.
In der stark individuell gefärbten Ausschleusungsphase zum Ende des Projektes wird den Jugendlichen Hilfestellung bei Bewerbungen oder der Erlangung eines Praktikumsplatzes geleistet. Auch nach Wechsel in Arbeit, Ausbildung oder Weiterbildung kann nach Bedarf weiter betreut werden.
Die Tätigkeit der Jugendlichen erfolgt nach dem Prinzip der vollständigen Handlung. Sie wirken von der Akquisition bis zur Abrechnung eines Auftrages mit. Dies soll ihnen verstärkt Erfolgserlebnisse vermitteln.
Anhand eines weiteren Schaubildes erläuterte Herr Dörmann die Finanzierung der Produktionsschule. Im besonderen wies Herr Dörmann darauf hin, dass ein kostendeckendes Arbeiten der Einrichtung nur gegeben ist, wenn in den Produktionsbereichen die volle Teilnehmerzahl erreicht wird. Insofern besteht für die Werkstatt ein Finanzierungsrisiko.
Abschließend erläuterte Herr Dörmann die bisher erzielten Erfolge der Produktionsschule.
50 % der beschäftigten Jugendliche könne eine unmittelbare Anschlussperspektive geboten werden. Die unversorgt gebliebenen Jugendlichen würden seitens der ARGE im Kreis Unna durch das Fallmanagement betreut.
Abschließend dankte Herr Dörmann für die ihm gebotene Möglichkeit, die Arbeit der Produktionsschule vorzustellen und lud die Ausschussmitglieder ein, sich von der Arbeit der Einrichtung vor Ort zu überzeugen.

Herr **Brüggemann** erinnerte an die dem Ausschuss im März des letzten Jahres vorgestellte Beschlussvorlage. Seinerzeit habe man noch Überlegungen angestellt, die Produktionsschule mit 3 Gewerken zu betreiben. Nach realitätsnaher Sondierung des Marktes habe man sich dann für die Bereiche Holz und Metall entschieden. Er habe den Eindruck gewonnen, dass die Produktionsschule mit hoher Qualität und viel Engagement betrieben werde. Er danke sowohl der Werkstatt Unna als auch Herrn

Ringelsiep, der entscheidend mit zum Erfolg beigetragen habe. Arbeiten müsse man noch am Auslastungsgrad der Qualifizierungsangebote, da zur Zeit nicht alle nutzbaren Plätze belegt seien.

Frau **Hartig** wies darauf hin, dass das in Kamen nicht genutzte Produktionsfeld Textil in Unna genutzt werde. Sie wies darauf hin, dass ihre Partei sich sehr für die Errichtung der Produktionsschule eingesetzt habe. An Herrn Dörmann richtete sie die Frage, wo der maximale Auslastungsgrad der Produktionsschule liege.

Herr **Dörmann** erwiderte, das maximal 24 Jugendliche beschäftigt werden können.

Frau **Hartig** erkundigte sich, ob im Falle des Abspringens von Teilnehmern innerhalb der vierwöchigen Einschleusungsphase andere Teilnehmer nachrücken können.

Herr **Dörmann** bejahte dies. Er teilte mit, dass derzeit 18 Jugendliche beschäftigt seien.

Herr **Runde** fragte nach, ob innerhalb der beiden Produktionsbereiche ein flexibler Wechsel möglich sei.

Herr **Dörmann** bestätigte dies.

Herr **Weber** führte aus, dass die Klientel der Einrichtung eine schwierige sei. Er könne sich vorstellen, dass es regelmäßig zu Fluktuation komme.

Herr **Dörmann** antwortete, dass innerhalb der vierwöchigen Einschleusungsphase seitens der ARGE keine Sanktionen verhängt würden. Sollte die Zusammenarbeit mit Jugendlichen aber überhaupt nicht funktionieren, ist ein frühzeitiges Ausscheiden durchaus gewollt.

Frau **Werning** wies darauf hin, dass 50% der Jugendlichen eine Anschlussperspektive geboten würde. Jedoch sei der Anteil der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz finden würden, relativ niedrig.

Herr **Dörmann** betonte, dass nach seiner Wahrnehmung den meisten Jugendlichen die Aufnahme einer Arbeit sogar lieber sei.

Herr **Zude** ergänzte, dass bei der derzeitigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt die Aufnahme einer Arbeit sogar als gut zu werten sei.

Frau **Lenkenhoff** wertete den Betrieb der Produktionsschule als engagiertes Projekt.
Sie erkundigte sich nach den Beschäftigungsverhältnissen der angestellten Meister und Vorarbeiter.

Herr **Dörmann** teilte mit, dass die Meister sozialversicherungspflichtig und unbefristet beschäftigt, die Vorarbeiter befristet, aber mit einer Jobperspektive tätig seien.

Frau **Lenkenhoff** erkundigte sich, ob die Jobs der Vorarbeiter gefährdet seien.

Herr **Dörmann** verneinte dies.

Zu TOP 3.

Bericht zum Arbeitsmarktprogramm der ARGE für das Jahr 2010
Referent: Herr Ringelsiep

Herr **Ringelsiep** bewertete die Errichtung der Produktionsschule als tolle Geschichte. Sie sei zwar vordergründig teuer; jedoch versuche man für problembehaftete Jugendliche Rettungswege zu finden.
Das von ihm zu haltende Referat gestalte sich nicht einfach. Seitens der ARGE sei nämlich noch kein ausformuliertes Arbeitsmarktprogramm aufgelegt worden. Ein derartiges Programm stehe immer im Spannungsfeld zwischen Mitteln und Zielen.
Die Ziele würden im Wesentlichen von der Bundesagentur vorgegeben. Sie seien ambitioniert, manchmal auch überzogen. Konträr hierzu stehe die unklare Finanzierungssituation.
In der Vergangenheit galt die Maßgabe, dass alle Mittel für alle Maßnahmen verwendet werden konnten. Mit der für das Jahr 2010 durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales erlassenen Eingliederungsmittelverordnung sind besondere Einschränkungen und Weisungen für spezielle Maßnahmen ergangen. Herr Ringelsiep erwähnte hier exemplarisch die 1 € Jobs sowie das Instrument der fünfundsiebzigprozentigen Lohnkostenbezuschussung. Z.Zt. habe die ARGE im Kreis Unna 150 Personen an Arbeitgeber vermittelt, die Lohnkostenzuschüsse erhielten. Für das Jahr 2010 seien weitere 300 Maßnahmen geplant gewesen. Sollten diese Maßnahmen nicht mehr durchgeführt werden können, so fielen für die Kommunen im Kreis Kosten der Unterkunft je Fall in Höhe von durchschnittlich 400 € an. Weiterhin wurden hohe Integrationsforderungen festgelegt. Hier wandte Herr Ringelsiep ein, dass auf kurzfristige Integration abgestellte Maßnahmen durchaus effektiv seien, jedoch langfristig nicht zwingend positiv sein müssten. Gleichwohl müsse die ARGE nun gegensteuern und verstärktes Augenmerk auf kurzfristige Integration legen.

Im Anschluss formulierte Herr Ringelsiep eigene Ziele für das Jahr 2010. Verstärkt wolle man die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Die Motivation hierfür liege darin begründet, dass in Krisenzeiten Jugendliche überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen seien. Sein Ziel sei es, einen Anstieg der Zahl im Vergleich zu 2009 zu verhindern. Man sei schon jetzt mit einer starken Hypothek belastet, da die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen im Vergleich Januar 2010 zum Vorjahresmonat um 17,18 % gestiegen ist. Eine weitere Gruppe, die verstärkt integriert werden solle, sei die der behinderten Menschen.
Festhalten wolle man in 2010 an der Förderung des Betriebs von Beratungsstellen und auch der Produktionsschulen.
Ferner wies Herr Ringelsiep darauf hin, dass der Beschäftigungspakt für Ältere und Alleinerziehende ausfinanziert sei. Noch in diesem Jahrzehnt sei mit einem erheblichen Fachkräftemangel zu rechnen. Daher werde die ARGE versuchen, ALGII-Bezieher durch Ausgabe von Bildungsgutscheinen für den Arbeitsmarkt zu trimmen. Hier habe er insbesondere den Bereich der Pflege ins Auge gefasst. Möglichkeiten bestünden auch in der Logistikbranche.
Die Wirtschaftsförderer des Kreises Unna würden bei ihrer Ansiedlungspolitik diesen Bereich stark favorisieren. Er persönlich sehe jedoch die Gefahr der Entstehung einer Monostruktur im Kreis Unna.

Frau **Hartig** wies darauf hin, dass die Produktionsschule vordergründig teuer sei. Sollten jedoch nur 2 oder 3 Personen dadurch der Arbeitslosigkeit entrinnen, rechne sie sich sehr schnell.
Sie fragte nach, inwieweit die ARGE spezielle Frauenförderpläne ins Auge gefasst habe. In der Vergangenheit habe man sich ja dieses Instrumentes bedient.

Herr **Ringelsiep** bestätigte die Einschätzung der Frau Hartig, dass die Produktionsschule hohe Kosten verursache. Er stehe jedoch zu dieser Einrichtung und würde auf diesem Sektor gerne mehr tun. Es sei erklärte Absicht, die hiesige Produktionsschule mehr als ein Jahr weiterzuführen; die Ausschussmitglieder müssten sich diesbezüglich keine Sorgen machen. Er verwies darauf, dass durch die Einführung des Turboabiturs ein doppelter Abiturjahrgang auf den Arbeitsmarkt strömen werde und zur weiteren Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit beitrage. Daher müsse man die Jugendarbeitslosigkeit zukünftig sowohl bei Starken als auch Schwachen bekämpfen. Hier können Produktionsschulen dazu beitragen, Jugendlichen bei der Erlangung eines Ausbildungsplatzes zu helfen.
Gleichzeitig habe er jedoch dergestalt einen Spagat zu bewältigen, dass natürlich sowohl der Bund als auch der Kreis sparen wollen. So sei z.B. der Erwerb eines Gabelstaplerscheines recht günstig und könne kurzfristig erfolgsbringend sein. Er bemühe sich stark um Ausgewogenheit bei Anwendung der unterschiedlichen beschäftigungspolitischen Instrumente.
Spezielle Frauenförderpläne gebe es zur Zeit nicht. Frauen seien in allen Risikogruppen wie z.B. bei den Alleinerziehenden hoch vertreten. An der Förderung der Risikogruppen partizipierten auch die Frauen.

Frau **Lenkenhoff** wies darauf hin, das lt. Sozialbericht des Kreises Unna der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen lediglich 39,4 % betrage. Der Anteil der Frauen bei den Beschäftigten mit Einkommen unter 700 € belaufe sich auf 74,4 %. Hier bestehe Handlungsbedarf.
Vom Einsatz kurzfristiger Instrumente wie z.B. der Förderung des Erwerbs eines Gabelstaplerscheines halte sie nichts. Umfassende Ausbildung sei von Nöten. Die Notwendigkeit der Ausgabe von Bildungsgutscheinen stellte sie in Abrede, da hier das Angebot ausreichend sei.

Herr **Ringelsiep** wies darauf hin, dass er bei seinem Handeln natürlich im Auge behalten müsse, welche Wirkung er mit welchen Maßnahmen erziele. Idealzustand sei natürlich der Fallabschluss. Auch die im Kreis tätigen Kämmerer seien da durchaus unromantisch. Gleichwohl sei das Handeln der ARGE sozialpolitisch geprägt. Dies äußere sich auch dadurch, dass man bisweilen kostenintensive Maßnahmen durchführe.
Den Pflegebereich schätze er sehr wohl als geeignetes Betätigungsfeld der ARGE ein. Informationen über Bedarfe auf diesem Sektor erhalte er von Herrn Zakel von der Kreisverwaltung Unna, der regelmäßig Gespräche mit den Pflegeheimbetreibern führe. Gelder für Umschulungsmaßnahmen stünden zur Verfügung.

Zu TOP 4.

Sachstandsbericht zur Neuorganisation der ARGE
Referent: Herr Ringelspiep

Einleitend wies Herr **Ringelsiep** darauf hin, dass er zur Zeit konkrete Angaben leider noch nicht machen könne. In Auswirkung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes müsse nach dem Stand der Dinge ab dem 01.01.2011 die getrennte Trägerschaft wieder hergestellt werden. Dann seien wieder der Bund für die Gewährung der Regelleistung und die Kommunen für die Bewilligung der Mietkosten zuständig.
Derzeit würde die Ausweitung der bisher zulässigen Höchstzahl an Optionskommunen diskutiert. Strittig ist hier jedoch, inwieweit hierfür die Änderung des Grundgesetzes notwendig ist. In einer von der zuständigen Ministerin Frau von der Leyen einberufenen Arbeitsgruppe soll geprüft werden, inwieweit die bisher bis zum 31.12.2010 befristeten Optionen entfristet werden können . Auch hier seien verfassungsrechtliche Problematiken zu beachten. Problematisch sei auch die Ausübung der Finanzaufsicht durch den Bund.

Der Kreistag des Kreises Unna hat der Verwaltung einen Prüfauftrag in Bezug auf die Zulassung als Optionskommune erteilt. In diesem Zusammenhang wies Herr Ringelsiep darauf hin, dass im Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches die Möglichkeit einer Aufgabendelegation nicht gegeben ist, so dass die Aufgabenerledigung dann reine Kreisaufgabe sei. Hieraus erwüchsen dann unter anderem personelle Konsequenzen.

Für das Personal innerhalb der ARGE im Kreis Unna stelle sich die Situation problematisch dar.
Seine Mitarbeiter seien verunsichert und würden sich gedanklich auf die getrennte Trägerschaft vorbereiten.
Für den Fall, dass Berlin die Ausweitung der Option zulasse, müsse dann auch noch der Kreistag entsprechende Beschlüsse fassen. Der Faktor Zeit spiele jedoch eine entscheidende Rolle. Im Falle der Aufgabenwahrnehmung als Optionskommune müssten z.B. die entsprechende Software noch mit Daten versorgt und ca. 80.000 Akten kopiert werden.
Abschließend äußerte Herr Ringelsiep, dass die zur Zeit in der ARGE tätigen Mitarbeiter, egal in welcher Organisationsform, weiter benötigt würden, da mit Sicherheit am Ende dieses Jahres die Arbeitslosenzahl höher sei als zu Beginn.

Frau **Mann** dankte Herrn Ringelsiep für seinen Vortrag.

Zu TOP 5.

Familienbande Familiennetzwerk Kamen e.V.
Sachstand und Perspektiven am Standort
Referentin: Frau Brückel/Frau Bürgelt

Frau **Brückel** schilderte einleitend die Entstehungsgeschichte der Familienbande. Ursprünglich fanden sich 40 Eltern zusammen, deren Grundüberlegung dahin ging, was man in Kamen gestalten kann. Um die Vorgehensweise in geordnete Bahnen zu lenken, erfolgte dann die Vereinsgründung. Im Jahre 2008 wurden dem Verein seitens der Stadt Kamen die Räumlichkeiten an der Bahnhofstraße 46 kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Räumlichkeiten wurden seitens des Vereins in Eigenleistung renoviert. Die zur Verfügung stehende Fläche betrage jedoch nur 100 m² und sei nicht

barrierefrei. Zur Eröffnung im August 2008 seien über 400 Besucher erschienen. Schon da war klar, dass das Platzangebot nicht ausreiche. Konzeptionell sei die Familienbande ein offenes Haus für alle Generationen.
Im Nachgang schilderte Frau Brückel die vorgehaltenen Angebote.

1. Das der Beratung dienende Familienbüro ist Montags bis Freitags in der Zeit von 9.00 – 12.00 Uhr geöffnet.
2. Weiterhin sei ein Second-Hand-Laden eingerichtet worden.
3. Kinder könnten vor Ort flexibel gestaltet betreut werden.
4. Familienbildende und kulturelle Veranstaltungen würden durchgeführt.
5. Auf dem Sektor der beruflichen Weiterbildung sei man ebenfalls aktiv.

Das Familiencafe ist das Herzstück des Hauses. Erfahrungen mit Einrichtungen wie der Familienbande gebe es seit rd. 20 Jahren. Bekannt geworden seien diese unter dem obsoleten Begriff Mütterzentren. Diese dienen häufig als Ersatz für die durch den Wandel unserer Gesellschaft nicht mehr vorhandenen natürlichen Begegnungsstätten. Man selbst verstehe das Cafe nicht als Angebot, sondern als Gelegenheit, Begegnungen zu ermöglichen.

Anhand einer weiteren Folie erläuterte Frau Brückel das Angebot der Familienbande auf dem Sektor Familienbildung. Sie wies darauf hin, dass jährlich 2000 Unterrichtsstunden auf einer Fläche von lediglich 100 m² stattfänden. Diese Angebote würden jedoch nicht nur vom sogenannten Bildungsbürgertum wahrgenommen.
Mittels eines weiteren Schaubildes erläuterte Frau Brückel das von der der Familienbande aufgebaute Unterstützungsnetzwerk. Exemplarisch erläuterte sie, wie Eltern mit behinderten Kindern Hilfe gewährt werden könne. Hier erwähnte sie Hinweise auf zu stellende Anträge, Möglichkeiten der Durchführung von Baumaßnahmen sowie zustehende Fördermöglichkeiten. Ausdrücklich wies Frau Brückel darauf hin, dass die Errichtung von Doppelstrukturen jedoch vermieden werden soll.
Ein breites Tätigkeitsfeld eröffne sich für die Familienbande auf dem Gebiet der frühen Hilfen. Hier würden jungen Eltern Informationen durch externe und interne Fachleute wie z.B. Hebammen, Heil- und Sonderpädagogen oder auch Logopäden geliefert.
Grundgedanke der Familienbande sei die sogenannte Inklusion. Trotz der Verschiedenheit aller Menschen durch unterschiedliche Herkunft, Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen wolle man Schubladendenken vermeiden und die Menschen nicht in spezielle Zielgruppen einteilen.
So gebe es keine speziellen Angebote für behinderte Menschen oder Migranten.

Zur Zeit seien für das Familiennetzwerk 20 Mütter tätig, die nicht bezahlt würden. Dies wolle man zukünftig ändern.
Seitens des Vereins habe man die Vision entwickelt, das vorhandene Gebäude durch Um- und Anbaumaßnahmen so zu vergrößern, dass eine Villa mit ausreichender Nutzfläche entstehe.

Im Rahmen des Landesprogrammes Familienzentrum NRW habe man einen Qualifizierungsprozess durchlaufen, der die Familienbande in die Lage versetze, für das geplante Bauvorhaben einen Zuschuss seitens des Ministeriums zu erhalten.
Bei Baukosten in Höhe von 1 Million Euro übernähme das Land NRW einen Anteil in Höhe von 700.000 €, 20% der Kosten der Baumaßnahme habe der Verein selbst zu stemmen.

Grundvoraussetzung für die Förderung durch das Land überhaupt sei allerdings die Übernahme von 10% der Kosten durch die Stadt Kamen.
Bei Realisierung des Bauvorhabens sei zukünftig eine Kooperation mit der Lebenshilfe geplant. Ziel sei es dann, Integrationsbetrieb für behinderte Menschen zu werden. Weiterhin plane man die Weiterentwicklung zur Familienbildungsstätte.
Abschließend nahm Frau Brückel zu der Tatsache Stellung, dass die Familienbande Kursentgelte erhebe. Es entständen zum Beispiel nicht unerhebliche Kosten für die Inanspruchnahme der Heilpädagogen. Man unterläge schlichtweg Finanzierungsszwängen.
Sie wies jedoch darauf hin, dass Kursentgelte auch in Naturalien, wie z.B. durch Kuchenbacken, erbracht werden könnten.

Frau **Mann** wertete die Arbeit der Familienbande als ambitioniert und engagiert.

Frau **Lenkenhoff** stellte fest, dass offensichtlich sehr viel für behinderte Kinder getan werde. Angesichts der Erhebung von Kursentgelten und Kosten für Besuche des Cafes stellte sie sich die Frage, wie ALGII-Bezieher die Teilnahme finanzieren sollten.

Frau **Brückel** teilte mit, dass Kursentgelte in Höhe von 3,75 € pro Stunde erhoben würden. Darin enthalten sei die kostenfreie Gestellung von Obst und Getränken für Kinder. Bei der Kursbelegung würden immer 1-2 „Notplätze“ für ALGII-Bezieher freigehalten.
Sie wies darauf hin, dass die von Dozenten geleistete Arbeit letztlich auch bezahlt werden müsse. Ziel sei es nach wie vor, die Kurse kostenfrei anzubieten.

Herr **Drüke** wies darauf hin, dass nach dem Selbstverständnis der Familienbande diese Einrichtung ein Erlebnisort für Männer und Frauen sein solle. Nach seiner Auffassung und Wahrnehmung kämen Männer beim Angebot der Familienbande eindeutig zu kurz.
Die vom Verein geplante Baumaßnahme und die damit verbundenen Kosten halte er angesichts eine Einwohnerzahl der Stadt Kamen von rd. 45.000 für überdimensioniert.

Frau **Brückel** wies darauf hin, dass sie insbesondere den bildungsfernen und schwachen Schichten ein Familienbild vermitteln würden mittels Erlebnissen, die sonst nie stattfinden würden, wie z.B. Waldspaziergänge.
Sie widersprach der Meinung des Herrn Drüke, dass die geplante Baumaßnahme für Kamen überdimensioniert sei.
Weiterhin würde in den Räumlichkeiten ein Männerstammtisch angeboten.
Der 3. Vorsitzende des Vereins sei ebenfalls ein Mann.

Herr **Drüke** erwiderte, dass nach seiner Einschätzung Institutionen wie die Familienbande dem Familienleben abträglich seien.

Frau **Brückel** merkte an, dass man mit diesem Konzept das Land Nordrhein-Westfalen überzeugt habe.

Frau **Mann** dankte den Vertretern der Familienbande für ihren Vortrag.

Zu TOP 6.

Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Potenzialliste
hier: Bericht der Verwaltung

1. Herr **Brüggemann** teilte mit, dass in den Jahren 2010 -2014 bei den Kosten für die Unterkünfte der Asylbewerber ein Einsparpotenzial in Höhe von 52.000 € realisiert werden solle. Dies werde man erreichen, indem man Häuser vom Netz nehme. Im Jahre 1980 seien 602 Asylanten in Kamen ansässig gewesen; zur Zeit betreue man rd. 100 Asylanten. Bei der notwendigen Umverteilung innerhalb der weiter genutzten Häuser würden selbstverständlich, wie bisher auch, Ethnien berücksichtigt.

2. Weiterhin teilte er mit, dass die Verwaltung beabsichtige, die den Dachverbänden zuletzt gewährten Zuschüsse in Höhe von 1.000 € gänzlich zu streichen. Bereits im Jahre 2004 habe man die Leistung von vormals 15.900 € auf 5.000 kürzen müssen. Angesichts der Finanzlage sei man gezwungen, jetzt auf Null zu reduzieren. Er könne die Enttäuschung der Dachverbände über diese Vorgehensweise nachvollziehen; gleichwohl sei er zum Handeln gezwungen.
Interkommunale Rückfragen hätten ergeben, dass hier kreisweit eingespart würde.

Frau **Hartig** erkundigte sich nach Beschäftigungsprogrammen im Grünflächen- und im Servicebereich.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass diese Beschäftigungsprogramme nicht mehr durchgeführt werden könnten. Zum 28.02.2010 laufe die Maßnahme Sicherheit, Service und Sauberkeit aus, am 30.04 die Maßnahme Grünbereich. Hinter diesen Maßnahmen stehe eine Komplementärfinanzierung der Kommune. Dieses sei nicht mehr leistbar.
Unter Umständen eröffne sich jedoch erneut die Möglichkeit, eine Maßnahme im Grünpflegebereich durchzuführen. Die Finanzierung solle dann über ein Sonderprogramm erfolgen; die ARGE stehe der Absicht positiv gegenüber.

Frau **Lenkenhoff** erkundigte sich nach der weiteren Nutzung des Gebäudes Westfälische Straße. Sie wies auf die innerhalb der Asylbewerberunterkünfte bestehenden Probleme hin.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass das Gebäude Westfälische Straße nicht mehr genutzt werden solle. Man plane die Zusammenlegung von Asylbewerbern in den weiter zu nutzenden Unterkünften. Wie in der Vergangenheit auch würde das Ethnienproblem hierbei berücksichtigt.
Bei der Belegung der Unterkünfte erfolge eine Gleichbehandlung für alle. Er wies gleichzeitig darauf hin, dass sich am Zuschnitt der Wohnungen nichts ändern werde.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Völkel** teilte mit, dass im Jahre 2009 nach Einschätzung des Kreises Unna bei den Kosten für das Sozialticket voraussichtlich ein Defizit in Höhe von rd. 700.000 € entstehen wird. Daher wurden die Preise für den Erwerb des Sozialtickets angehoben. Im Jahre 2009 kostete dieses bei Möglichkeit der kreisweiten Nutzung 15,00. Ab dem 01.04.10 sind nunmehr für ein Ticket , das für das gesamte Kreisgebiet Gültigkeit hat, 26,10 € zu entrichten. Bei Nutzung ausschließlich innerhalb der Stadtgrenze von Kamen beträgt der Eigenanteil 16,10 €.
Das Defizit soll hierdurch auf 225.000 € gesenkt werden. Zum Zeitpunkt der Sitzung waren kreisweit 457 Sozialtickets ausgestellt.

Herr Völkel wies darauf hin, dass im Gebäude Bahnhofstr. 26 der Pflegestützpunkt eröffnet habe. Geöffnet ist dieser Montags –Freitags in der Zeit von 9.30 – 12.30, Donnerstags von 14.00 -17.00 Uhr

Frau **Lenkenhoff** wies darauf hin, dass der Sozialbericht des Kreises Unna interessantes Zahlenmaterial in Bezug auf die Armutssituation im Kreis Unna enthalte. Derartiges Zahlenmaterial wünsche sie sich auch für die Stadt Kamen.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass aufgrund eines Beschlusses des Rates im November 2008 ein Sozialbericht für Kamen mit umfänglichen Informationsquellen erstellt wurde. Der hiesige Sozialbericht sei von vornherein kleinräumiger konzipiert. Eine kreiseinheitliche Struktur existiere bisher nicht.

gez. Mann
Vorsitzende

gez. Grudnio
Schriftführer